



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Englische Politik und deutsche Interessen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Englische Politik und deutsche Interessen.



vor einiger Zeit (1879) sahen wir uns veranlaßt, einen Blick auf unser politisches Debet und Kredit in bezug auf Rußland zu werfen. Heute erscheint es aus Gründen, die auch einem nicht sehr aufmerksamen Leser der Tagespresse kaum angedeutet zu werden brauchen, an der Zeit, einmal das Guthaben Englands in unsern Büchern zu prüfen. Wenn dabei die viel und stark betonte germanische Wettertschaft, der protestantische Charakter und die Verdienste Englands um den Liberalismus beiseite bleiben werden, so wolle man uns das zu gute halten; denn einmal pflegt bei Hervorhebung dieser Qualitäten viel Schein, Phrase und Parteivorurteil in die Feder zu geraten, und sodann ist es unsre Absicht, überhaupt nur mit kaufmännischem Auge an unsre Untersuchung zu gehen und uns an das Wort zu halten: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Der siebenjährige Krieg gehört einer ziemlich fernen Vergangenheit an, und so wollen wir des Verhaltens, das England während desselben gegen seinen deutschen Verbündeten beobachtete, nur kurz gedenken. Die Engländer thaten für Friedrich, obwohl er die Sache der Freiheit und des Protestantismus vertrat, anfangs garnichts und dann zunächst wenig. Pitt verbündete sich mit Preußen in erster Linie wegen seiner Pläne in Nordamerika und in Ostindien („Amerika muß in Deutschland erobert werden,“ sagte er), in zweiter im Hinblick auf Hannover, das von den Franzosen mit einem Einfall bedroht war. England begriff, daß es ihm beim Ausbruch eines Seekrieges mit Frankreich zu großem Vorteil gereichen würde, wenn in der Mitte Europas Frieden bliebe, und daß Friedrich die Erhaltung des Friedens wünschte. In betreff Hannovers

aber konnte man beruhigt sein; denn als man 1754 in Paris den König von Preußen zu einer Unternehmung gegen dasselbe aufgefordert hatte, war man einer entschiedenen Weigerung begegnet. Als der Krieg ausgebrochen war, unterstützte man Friedrich englischerseits gegen die Franzosen nur unzureichend und mit wenig Geschick, und erst als Hannover von jenen erobert worden war und nun von ihnen ausgesogen wurde, entschloß sich der Londoner Hof zu nachdrücklicherem Beistande mit Truppen und Hilfgeldern, wobei auch der Eindruck, den der Sieg bei Rossbach auf die öffentliche Meinung in England gemacht hatte, wesentlich einwirkte. Aber erst nachdem Ferdinand von Braunschweig bei Krefeld gesiegt hatte, erschienen auf dem Kriegsschauplatze die ersten 10000 von den 18000 Engländern, die das Parlament für die Teilnahme am Kampfe bewilligt hatte. Wäre dies früher geschehen, so würde sich Ferdinand jenseits des Rheins behauptet, auch wahrscheinlich Wesel in seine Gewalt bekommen haben. Immerhin erwies sich die englische Hilfe in dieser und der nächsten Zeit sehr wertvoll für Friedrich. Dies währte indes nur bis zum Tode König Georgs II. Unter dessen Nachfolger sah Pitt sich genötigt, dem Lord Bute am Staatsruder Platz zu machen, der wie sein Gebieter dem König Friedrich persönlich abgeneigt war und schnelle Wiederherstellung des Friedens wünschte. Derselbe bewirkte gegen den Willen des Parlaments, daß der Subsidienvortrag zwischen England und Preußen nicht erneuert wurde, und machte sich in Petersburg gewisser Intriguen schuldig, die einen ganz entschieden verräterischen Charakter trugen. Unbekannt damit, daß der Kaiser Peter ein Verehrer Friedrichs war, erbot er sich, demselben alle während des Krieges von den Russen besetzten preußischen Provinzen zu verschaffen, wenn er seine Truppen noch ferner in Gemeinschaft mit den österreichischen Friedrich bekämpfen lassen wolle. Mit diesem Anerbieten in verächtlichen Worten abgewiesen, wendete sich Bute an den Wiener Hof, um einen Frieden zwischen Friedrich und Maria Theresia zustande zu bringen, wobei er wieder hinter Preußens Rücken handelte, wieder eine starke Freigebigkeit mit dem Länderbesitz des bisherigen Verbündeten seines Gebieters kundgab und wieder eine demütigende Antwort davontrug. Bessern Erfolg hatte er Paris, und am 10. Februar 1763 wurde hier ein Friedensvertrag unterzeichnet, der verschiedene für Preußen nachteilige Artikel enthielt, wogegen er den Engländern alles gewährte, was sie sich nach Lage der Dinge wünschen konnten; denn sie bekamen, nachdem sie, von Friedrich in Europa vor Frankreich gedeckt, die Seemacht ihrer französischen und spanischen Gegner vernichtet hatten, Kanada und Neuschottland, Florida, mehrere Inseln Westindiens, das Gebiet am Senegal und alles, was Frankreich seit 1749 in Ostindien in seinen Besitz gebracht hatte. Das Bündnis mit Preußen hatte also zu einem ungemein lohnenden Geschäfte jenseits der Meere geführt, und wenn es die Nationalschuld um etwa achtzig Millionen Pfund vermehrt hatte, so verzinsten sich diese Auslage in der Folge reichlich.

Schlagen wir nach diesem Blatte, welches Butes Perfidie beschmutzt, ein weiteres auf, so finden wir, daß Englands Egoismus Preußen während der polnischen Händel an der Erwerbung Danzigs hinderte.

Wir blättern weiter und kommen zu den Vorbereitungen Preußens für den Befreiungskrieg gegen Napoleon. Geraume Zeit unterhandelte hier Hardenberg mit den englischen Diplomaten, ehe es im Vertrage von Reichenbach zu einem für Preußen erträglichen Einverständnis kam, kraft dessen die beiden Mächte sich verpflichteten, die Unabhängigkeit der von Frankreich unterdrückten Staaten wiederherzustellen. „Schritt für Schritt hatte er mit der welfischen Habgier ringen müssen, und wenn er schließlich zur Hälfte nachgab, so befand er sich in der Lage des Bedrängten, der in höchster Geldnot einem Wucherer Wucherszinsen zahlt. Ohne die englischen Subsidien war Preußen völlig außer stande, den Krieg fortzuführen, das hatte der Staatskanzler schon im Februar dem britischen Kabinet erklärt. Als er einmal dem General Stewart vorhielt, das Parlament und die englische Nation würden ein so kleinliches Verfahren in großer Sache sicherlich nicht billigen, erwiderte jener mit unfreiwilligem Humor: »Ich bin weder von der Nation noch von dem Parlamente hierher geschickt worden, sondern von S. K., dem Prinzregenten.« Stewart und sein Amtsgenosse, der hölzerne, steifpedantische Lord Clancarty, trugen die Überlegenheit des Bezahlenden mit der ganzen ihrem Volke eigentümlichen Rücksichtslosigkeit zur Schau; nach einer glaubwürdigen Überlieferung ist dem preußischen Staate sogar die zollfreie Einfuhr aller englischen Waren zugemutet worden. . . . Von selbst verstand sich, daß Preußen nur halb soviel Subsidien erhalten sollte als Rußland (das weniger Mannschaften im Felde hatte als jenes); endlich einigte man sich über 666 660 Pfund Sterling, wofür Preußen 80 000 Mann aufstellen sollte, und diese für einen solchen Krieg armselige Summe, um ein Drittel niedriger als die an Schweden bewilligten Subsidien, ward nachher zum Teil [man denkt dabei unwillkürlich an das Trucksystem englischer Fabrikanten] in unbrauchbaren Uniformen bezahlt. Gegen die Abtretung altpreußischer Gebiete sträubte sich das Pflichtgefühl des Königs. . . . Die Welfen mußten sich zuletzt mit dem Versprechen begnügen, daß Preußen ihrem Stammlande eine Ab- rundung von 250= bis 300 000 Seelen, einschließlich Hildesheim, verschaffen werde. . . . Die preußische Diplomatie hatte damit drückende Verpflichtungen übernommen und zum Entgelt nur die allgemeine Zusage erlangt, daß Preußen »zum mindesten« ebenso mächtig werden solle wie vor dem Kriege von 1806.“*)

Auf dem Wiener Kongreß nahmen die Vertreter Englands zuerst eine für Preußen günstige Stellung ein, die aber bald in ihr Gegenteil umschlug. Kaiser Alexander dachte an eine Art von Wiederherstellung Polens, das dann unter seinem Schutze stehen und eine liberale Verfassung erhalten sollte. Die

*) Vgl. Treitschkes Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. I, S. 462.

Regierung Englands aber war jetzt in den Händen der Tories, die im Einverständnis mit dem Prinzregenten sich zu Schirmvögten des alten Staatsrechts und Bekämpfern der Ideen berufen fühlten, welche die französische Revolution in Europa ausgebreitet hatte. Als solche hatten sie mit Napoleon Krieg geführt, und als solche hauptsächlich traten sie jetzt Alexanders Pläne entgegen. Der Preis des Sieges sollte nach ihrer Meinung, abgesehen von dem Gewinn einer unbedingten Herrschaft Englands zur See und in den Kolonien, eine möglichst gründliche Wiederherstellung der frühern staatsrechtlichen Verhältnisse sein, die den Interessen der Aristokratie entsprach. Neben den liberalen Absichten Alexanders mit Polen fürchteten sie aber zugleich die Vergrößerung der Macht Rußlands und dessen Vorrücken gegen die Mitte Europas, das mit dessen Ansprüchen auf bedeutende Teile des eroberten polnischen Gebietes in Aussicht stand. So war denn das Kabinet von St. James entschlossen, eine Restauration Polens mit einer parlamentarischen Verfassung zu hintertreiben und eine Verteilung der Landstriche, welche bisher das Herzogtum Warschau gebildet hatten, unter die drei angrenzenden Mächte zu fordern. Eine Verständigung mit Preußen und Oesterreich auf diesem Wege schien nicht schwer, aber bald zeigte sich, daß die Entscheidung über Polen unlösbar mit der über Sachsen verknüpft war. Lord Castlereagh vertrat anfangs, zunächst in einer Denkschrift, dann in amtlicher Form die Vereinigung dieses Königreichs mit Preußen als erlaubt und notwendig. Doch unterließ er nicht, sogleich anzudeuten, an welche Bedingungen Englands Zustimmung geknüpft sei, indem er hinzufügte, solle die Erwerbung Sachsens als Entschädigung für das Falllassen der Ansprüche Preußens im Osten angesehen werden, so werde England einer solchen Ordnung der Dinge nicht beistimmen. „Diplomaten, die den Wiener Kongreß mit erlebt haben, bezeugen, daß Castlereagh sich mündlich noch viel bestimmter gegen Hardenberg erklärt und der Krone Preußen die sächsischen Lande ausdrücklich zugesagt habe, jedoch unter der Bedingung, daß Preußen sich gemeinschaftlich mit England den Forderungen Rußlands in Polen widersetze und namentlich dem Kaiser Alexander nicht gestatte, die Grenzen seines Reiches weiter als bis an die Weichsel auszudehnen.“*) Hardenberg verfolgte wörtlich die so angedeuteten Bahnen, aber zuletzt ließ König Friedrich Wilhelm sich von Alexander für seine Absichten gewinnen, und der Minister mußte sich unterwerfen. Castlereagh aber geriet jetzt, unwissend, wie er in betreff der festländischen Verhältnisse war, in das Netz Talleyrands und Metternichs, und statt, wie er glaubte, zu leiten, ging er fortan an deren Gängelbände. Als Oesterreichs Eiferfucht auf Preußen in Fluß kam, vollzog sich bei der englischen Diplomatie rasch der Umschwung, der England mit diesem und Frankreich zusammenführte.

*) Vergl. Geschichte Rußlands und der europäischen Politik von Th. v. Bernhardi, 1. Teil, S. 47.

Bereits um die Mitte des November gestand Lord Stewart dem Freiherrn von Stein beschämt, daß England sich genötigt sehe, sich Frankreich in die Arme zu werfen. Hand in Hand mit Metternich und Talleyrand, der dadurch, daß er die gemeinsamen Interessen der Verbündeten systematisch verwirrte, für Frankreich, den unterworfenen Gegner, Sitz und Stimme gewann, war es Castlereagh, dem jener als Vertreter der Legitimität imponirte, behaglicher, mit dem Strome als dagegen zu schwimmen, und es machte ihm, dem es niemals in erster Linie um Vergrößerung Preußens und Stärkung Deutschlands zu thun gewesen, keinerlei Gewissensbisse, daß er sich nun zu gunsten des hartnäckigsten Anhängers Napoleons verwenden und schließlich der berüchtigten Tripelallianz vom 3. Januar 1815 beitreten mußte. Zwar verständigte man sich bald wieder mit Preußen und Rußland, aber die britische Politik hatte doch nur das Gegenteil von dem erreicht, was sie sich vorgesetzt: sie hatte Preußen mit ganz Sachsen ausstatten wollen und mußte nun in eine Teilung willigen, sie hatte Rußlands vorgeschobene Stellung zu brechen gedacht und sah sich jetzt gezwungen, es fast unverkümmert in derselben zu dulden.

Die Grundanschauung der kontinentalen Politik der Engländer wurzelt in ihrer maritimen Weltstellung, und das Verhältnis zu den Küstenländern stand bisher immer für sie im Vordergrund, obenan aber das zu Frankreich. Als nun der Neubau Europas versucht wurde, verstand es sich für die damals am Staatsruder Englands stehende Partei von selbst, daß man in Frankreich dabei in schroffem Gegensatze gegen das überwundene System zu verfahren habe, und daß alles aufzubieten sei, um nach dem Sturze des Kaisertums, das die Revolution geboren, die welken Lilien der Bourbonen wieder zur Blüte zu bringen. Im Hinblick hierauf durfte Frankreich nicht geschmäleret werden, eine Ansicht, die durch das anspruchsvolle Auftreten Kaiser Alexanders noch mehr empfohlen wurde. Der erste Pariser Friede hatte Frankreich seinen festländischen Besitz gesichert. Auf Metternich und die dynastischen Pläne des Wiener Hofes bauend, hatte Talleyrand nicht nur die Rückgabe des Elsaß an Deutschland abgewehrt, sondern auch die Rheingrenze für Frankreich festzuhalten gesucht. Nachdem Napoleon von Elba zurückgekehrt war, erkannte man, daß Frankreich zu stark geblieben sei und daß im Fall eines abermaligen Sieges besser für die künftige Sicherheit der Nachbarn desselben gesorgt werden müsse. Immer bestimmter trat besonders in preußischen Kreisen die Ansicht hervor, daß man einen solchen Erfolg nicht sowohl zu gunsten der Bourbonen als zu Deutschlands Vorteil zu benutzen und diesem die im Laufe der letzten Jahrhunderte geraubten westlichen Grenzlande wieder zu verschaffen habe. Den britischen Diplomaten aber war nach wie vor darum zu thun, daß Frankreichs Integrität hier gewahrt bleibe, damit ihre Schützlinge, die Bourbonen, nicht dem eignen Lande gegenüber in üble Lage gerieten, nicht als Fürsten erschienen, welche durch ihre Rückkehr auf den Thron Ursache zur Verkleinerung Frankreichs geworden seien. Diese

Politik sah großmütig aus, war aber in Wirklichkeit recht wohlfeil; denn da England schon im ersten Pariser Frieden ausreichend für seine wichtigsten Interessen gesorgt und von den französischen Kolonien alles, was ihm gefiel und ihm die Herrschaft zur See und den Welthandel sichern konnte, an sich genommen hatte, so war mit der jetzigen Uneigenmütigkeit keine Entfagung verbunden. Wie unangenehm den bourbonisch gesinnten Engländern die erwachenden Ansprüche der Deutschen waren, sah man an der übeln Laune, welche die Herren dabei an den Tag legten; „sie gingen hin und wieder so weit, mit wegwerfendem Unwillen von der Armut und Habgier Preußens — Deutschlands zu sprechen, als von einem Triebe, mit dem man anständigerweise nichts gemein habe, zu dem man nicht hinabsteigen könne.“*) Leider unterließ man es deutscherseits, als man zur Entscheidungsschlacht nach den Niederlanden zog, sich dieser Politik der Tories gegenüber vertragsmäßig zu sichern, was freilich nicht leicht war, da auch Kaiser Alexander sich Frankreich durch Schonung zu verpflichten gewillt war. Zunächst aber gab der Sieg bei Waterloo dem Herzog von Wellington die Leitung der Dinge in die Hand. Ganz anders als beim ersten Einzuge in Paris führte daher Großbritannien jetzt die erste Stimme im Räte der Verbündeten. Rasch entschlossen that Wellington einen Schachzug, der die Entscheidung in seinem Sinne herbeiführen mußte. Während die Preußen eiligst in Feindesland hineinstürmten, ohne sich viel um das zu kümmern, was in ihrem Rücken vorging, nahm er die Gelegenheit wahr, König Ludwig mit seinem Hof und seinen Ministern, langsam nachrückend von Gent nach Frankreich zurückzuführen und wieder als Herrscher einzusetzen. Derselbe konnte jetzt nicht wohl mehr beiseite gelassen werden, und man konnte nicht wohl mehr mit einer andern Macht unterhandeln, die bessere Bedingungen bewilligt hätte. Die Wendung der Dinge, durch welche Frankreich wieder mitbestimmend, wieder Großmacht werden sollte, war eingeleitet und Englands Einfluß auf diese Großmacht, wie es schien, gesichert. Der Griff war kühn, aber nichts weniger als loyal: er wurde ohne Ermächtigung der Verbündeten, ja in der Absicht gethan, alle Bedingungen, von denen sie ihre Zustimmung abhängig machen konnten, zu umgehen und möglichst zu beseitigen. Aber Wellington war in der Schule indischer Politik zum Staatsmanne gereift, und so waren solche Rücksichten für ihn natürlich nicht vorhanden.

Als Ludwig der Achtzehnte seinen Einzug in Paris gehalten, hatte die Politik der Tories ihr nächstes Ziel erreicht. Jetzt aber mußte Wellington die Ankunft der verbündeten Monarchen herbeiwünschen; denn es fiel ihm schwer, die Dinge in Paris seinen Absichten gemäß zu leiten. Blücher ließ sich nicht abhalten, seine Truppen bei den Bürgern der Stadt einzuquartieren und wollte der letztern eine Kriegsteuer von hundert Millionen Franken auferlegen. Schwerer

*) Bernhardi a. a. D. S. 239.

als die Verständigung über solche und ähnliche Punkte wurde es dem Ministerate, der nach dem Eintreffen der Monarchen zur Vorbereitung des Friedens gebildet worden war, darüber ins Reine zu kommen, wie der Wunsch der Deutschen nach natürlichen Grenzen im Westen zu befriedigen sei. Die Verteidigung Deutschlands mußte erleichtert, ein Angriff Frankreichs erschwert werden, die Wiedereinsetzung der Bourbonen verbürgte den europäischen Frieden nicht genügend. So erklärte die preußische Regierung, daß man sich so wenig als möglich darum zu kümmern habe, von wem Frankreich sich fortan regieren lassen wolle, daß man vielmehr zur Sicherstellung Deutschlands und der Niederlande die Abtretung derjenigen Plätze fordern müsse, welche die erste Reihe des dreifachen Festungsgürtels bildeten, mit dem Bauban Frankreich von den Alpen bis zum Meere umgeben hatte. Osterreich war derselben Meinung, und Baiern und Württemberg schlossen sich mit Eifer dem Verlangen der deutschen Großmächte an. England aber stellte sich demselben immer entschiedener gegenüber. Zuerst allerdings konnten Wellington und Castlereagh nicht recht deutlich mit der Sprache herausgehen, da die öffentliche Meinung daheim fast einmütig gehörige Ausnutzung des Sieges verlangte, bei welcher der niedergeworfene Feind für die Zukunft unschädlich gemacht wurde. „Jeder Friede, so äußerte Lord Liverpool mit Rücksicht hierauf, der Frankreich in der Lage ließe, in der es der erste Pariser gelassen hat, oder auch in der, in welcher es sich vor der Revolution befand, würde in England die peinlichste Überraschung hervorrufen. Hier herrscht der Gedanke vor, daß wir ganz in unserm Rechte wären, wenn wir die Umstände benutzen wollten, um dem französischen Reiche die wichtigsten Eroberungen Ludwigs des Vierzehnten zu nehmen. Man sagt ganz richtig, daß Frankreich die erfahrene Demütigung nie verzeihen und bei der ersten Gelegenheit versuchen werde, seine kriegerische Glorie wiederherzustellen, und daß es daher unsre Pflicht ist, den gegenwärtigen Augenblick wahrzunehmen, um gefährlichen Folgen vorzubeugen, die aus der Größe unsers Erfolges selbst hervorgehen könne.“ Castlereagh und Wellington waren aber weit davon entfernt, im Geiste dieser Andeutungen zu handeln. Ihre erste Sorge war vielmehr, den Prinzregenten und ihre Kollegen in London zu den Plänen zurückzuführen, denen sie früher zugestimmt hatten. Das gelang aber sofort, als Kaiser Alexander sich wieder anschickte, als großmütiger Sieger für die Interessen Frankreichs zu wirken und zu stimmen und so sich dessen Gunst und Freundschaft zu erwerben.

Lord Liverpool schrieb, als die Verhandlungen in Paris vorrückten, wiederholt an Castlereagh, er dürfe nicht außer Acht lassen, daß England mit Preußen und Osterreich mehr Interessen gemeinsam habe als mit Rußland. Dem Kaiser Alexander könne es zweckmäßig erscheinen, sich Frankreichs anzunehmen, England aber habe an die Bedürfnisse der Nachbarn des letztern zu denken. Hätte Frankreich selbst sich auf den Ruf der Verbündeten gegen Napoleon erhoben, so würde man jetzt kein Recht der Eroberung geltend machen können; wie die

Dinge aber stünden, sei man vollkommen befugt, zu verlangen, daß die Ruhe Europas durch Landabtretung gesichert werde. Zu gleicher Zeit aber mahnte der Lord zur Eile, da Gefahr im Verzuge sei. Wellington und Castlereagh gingen indes darauf nicht ein. Letzterer entwarf, von Talleyrand und Pozzo di Borgo beeinflusst, in den Briefen an seinen Kollegen in England das schwärzeste Bild von der Politik der deutschen Höfe und riet zu sorgfältiger Überwachung derselben. Arm und habgierig, fänden es Preußen, Oesterreich und namentlich die kleinern deutschen Staaten bequem, ihre Armeen auf Frankreichs Kosten ernähren und besolden zu können, und so stellten sie allerlei Forderungen, um einen baldigen Abschluß des Friedens zu vereiteln. Wenn man Frankreich jetzt allerdings leicht zwingen könne, Land und Leute abzutreten, so werde dasselbe doch das verlorene Gebiet bald wieder zu erobern versuchen, und da die Staaten, denen dies zuteil werden müßte, allein nicht die Macht besäßen, es zu behaupten, werde England dann als Teilnehmer an den Verträgen verpflichtet sein, ihnen mit Opfern beizustehen. Der Hauptgrund Castlereaghs für die von ihm empfohlene Politik war der Gedanke, man dürfe Rußland nicht die Ehre und die Vorteile der Rolle eines alleinigen Beschützers Frankreichs überlassen, und daneben machte er noch (gegen Graf Münster, vergl. Bernhardi a. a. O., S. 463) geltend, daß letzteres in seinem gegenwärtigen ungeschmälernten Umfange in dem europäischen Staatensystem, besonders der wachsenden Macht des Zaren gegenüber, ein sehr nützlichcs Glied sein könne, vorausgesetzt, daß England den am Pariser Hofe gewonnenen Einfluß behaupte.

So erhielt Castlereagh die Zustimmung der Londoner Kollegen zu ihrer antideutschen Politik und die Ermächtigung, sich den inzwischen etwas veränderten Vorschlägen Rußlands anzuschließen, und nun entspann sich zwischen England und dem letztern ein förmlicher Wettstreit um den überwiegenden Einfluß in Frankreich, aus dem ein Wettstreit des Edelmutes gegen dasselbe wurde und dessen Kosten niemand anders als Deutschland zu tragen hatte.

Hardenberg forderte als unerläßlich für die Sicherheit der Nachbarländer die Abtretung der Festungen Condé, Valenciennes, Maubeuge, Philippeville und Charlemont mit Givet samt ihrem Gebiet an die Niederlande, die dafür Luxemburg den Preußen überlassen sollten. Letzteres sollte ferner Saarlouis und Thionville erhalten, und für das südliche Deutschland waren Bitsch, Landau, Fort Louis und Hüningen bestimmt. Sodann sollten die Festungswerke von Le Duesnoy, Mezères, Sedan, Montmedy und Longwy geschleift werden, dergleichen die von Straßburg, und der preußische Diplomat fügte hinzu, daß man diese Stadt wieder zu dem machen könne, was sie einst gewesen: zu einer freien Stadt des deutschen Reiches. Die Vertreter Englands erklärten darauf im Namen des Prinzregenten: „Seine königliche Hoheit schließt sich den Grundsätzen an, die von seiten Sr. Majestät des Kaisers von Rußland vorgelegt worden sind,“ und Castlereagh erwiderte auf Hardenbergs Gründe, die ge-

forderten Festungen und Landstriche könnten erst dann von Nutzen sein, wenn die auf sieben Jahr festgesetzte militärische Okkupation Frankreich durch die Verbündeten aufgehört habe; bis dahin bedürfe man ihrer nicht, und „wie könnte man verlangen, daß die Verbündeten sich jetzt Ungelegenheiten unterzögen, die erst in so ferner Zeit vielleicht Nutzen gewähren dürften.“

Bei den letzten Beratungen machte Hardenberg noch einen Versuch, was wohl zu erlangen sei, wenn Preußen seine eignen Ansprüche noch weiter beschränkte, aber am Oberrhein ein Gebiet forderte, über das Österreich verfügen könne. Er wies nach, daß Frankreich im Jahre 1813 über seine alten Grenzen von 1790 hinaus Landstriche mit mehr als einer halben Million Einwohnern behalten habe, und verlangte ebensoviel, aber in andrer Verteilung als früher, für die Niederlande einige Grenzgebiete, Philippeville und Givet, für Preußen nur Saarlouis, dagegen am oberen Rhein außer Landau fast das ganze untere Elsaß bis an die Borm, d. h. bis fast an die Thore Straßburgs. Daneben bestand er auf einer Kriegsschädigung von 1200 Millionen Franken. Eben zu dieser Zeit aber ließ Österreich, das überhaupt sich an den Verhandlungen nur lau beteiligt hatte, seine bisherige Politik vollständig fallen, um sich den Vorschlägen Rußlands anzuschließen, und Preußen stand jetzt allein. Über die Artikel des Friedensvertrages, der nun der französischen Regierung vorgelegt werden sollte, war man unter diesen Umständen bald einig. Sie enthielten im wesentlichen die von Rußland entworfenen Bedingungen.

England erntete von der Saat Wellingtons nicht den gehofften Gewinn. Talleyrand, der den Friedensentwurf der Verbündeten mit einer Denkschrift von beispielloser Insolenz beantwortet hatte, war dadurch unmöglich geworden, und es wurde ein neues französisches Ministerium unter dem Herzoge von Richelieu gebildet, das aus sehr verschiedenen Elementen bestand, aber insofern doch eine gewisse Einheit zeigte, als niemand darin aufgenommen worden war, der einem besondern Einflusse Großbritanniens dienen konnte — ein entschiedener Sieg Kaiser Alexanders und ein empfindlicher Schlag für die englischen Diplomaten, namentlich für Wellington, der sich auf diesem Wege um die Früchte so vieler Liebesmühe gebracht sah. Er vermochte seinen Verdruß so wenig zu zähmen und zu verbergen, daß er, von dem dies am wenigsten zu erwarten war, in der ersten Zeit sich heftige Ausbrüche gegen die Bourbonen entschlüpfen ließ.

Durch den zweiten Pariser Frieden war König Ludwig verpflichtet, die auswärtigen Gemeinden und Privatleute zu befriedigen, welche von den napoleonischen Tagen her Geld von der Krone Frankreich zu fordern hatten. Die französische Regierung bat flehentlich um Abminderung der betreffenden Summe, und Kaiser Alexander versprach dieselbe eigenmächtig. England durfte nicht zurückbleiben, und durch Wellingtons Vermittlung kam endlich am 25. April 1818 ein Vertrag zustande, kraft dessen Frankreich für alle noch unerledigten Forderungen 240,8 Millionen Franken in Rentenbriefen binnen Jahresfrist zahlen sollte. Bei

der Verteilung der Summe nahm Wellington, dem altenglischen Brauche getreu, für sein Land sofort ein Viertel der zwölf Millionen Rente in Anspruch, sodaß die britischen Gläubiger fast vollständig befriedigt wurden, während die Deutschen sich mit einem Sechstel ihrer Forderungen begnügen mußten. (Treitschke, II, S. 449.)

(Fortsetzung folgt.)



Die landwirtschaftliche Muster-Enquete in Baden.

(Schluß.)

5. Pachtwesen.



ie die Kaufpreise der Liegenschaften, so findet unser Erhebungsbericht auch die Pachtzinse gegenüber dem Ertragswert der Pachtgüter viel zu hoch. Wir geben zu, daß die Pächter in der Regel nur einen äußerst geringfügigen Verdienst aus der Bewirtschaftung ihrer Pachtgüter ziehen; wenn aber die amtliche Darstellung annimmt, daß nun den Verpächtern ein großer Reinertrag bleiben müsse, so trifft dies nicht zu. Die Pachtzinsen, welche als durchschnittliche für die einzelnen Erhebungsgemeinden angeführt werden, erscheinen allerdings hoch, selbst gegenüber den den Ertragswert übersteigenden Kaufwerten (z. B. Mingolsheim:

Wert des Morgens Ackerland	1760	Mark;	Pachtzins durchschnittlich	59	Mark,
" " " Wiesenland	2050	"	"	55	"

während ebendasselbst der Pachtzins für Wiesenland bis zum höchsten Betrage von 100 Mark für den Morgen steigt). Mit diesen Pachtzinsen allein kann man aber nicht rechnen. Die amtliche Darstellung selbst giebt zu, daß der Verpächter die öffentlichen Lasten zu tragen pflege. Weiter hat der Verpächter aber auch seinen Verwaltungsaufwand zu berechnen, und für Hofgüter kommen noch häufige und kostspielige Bauten und Gebäudereparaturen in Betracht. Wie trotzdem in der zusammenfassenden Darstellung der Erhebungsergebnisse in einer Weise von den hohen Pachtzinsen gesprochen werden kann, welche mindestens die Vermutung sehr nahelegt, als könne der Pachtzins in seiner ganzen Höhe als Reinertrag betrachtet werden, ist uns unfaßlich.

Es ist kein Wunder, daß die liberalen Blätter an diesem Punkte einsetzten und die willkommene Gelegenheit wahrnahmen, den grundherrlichen Adel, als den Besitzer der meisten verpachteten Ländereien, anzugreifen und zu behaupten, derselbe habe keine Veranlassung, über einen Notstand Klage zu führen. Die